

EINE GEMEINSAME PUBLIKATION des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

2026 · JAHRGANG 23 · 1. QUARTAL · VIERTELJÄHRLICHER INFOLETTER · WWW.DEMOGRAFISCHE-FORSCHUNG.ORG

ROSTOCKER ZENTRUM ZUR ERFORSCHUNG DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Bevölkerung in Deutschland könnte um ein Viertel schrumpfen

Selbst wenn in Deutschland die Geburtenrate sofort auf Bestandserhaltungsniveau steigen würde, würde die Bevölkerung ohne Zuwanderung in den nächsten 50 Jahren um fast 25 Prozent schrumpfen. Zu dem Ergebnis kommen Wissenschaftler, die sich mit dem so genannten „Bevölkerungsmomentum“ beschäftigt haben.

Manchmal ist die Antwort auf eine einfache Frage erstens komplex und zweitens auch noch überraschend. So verhält es sich zum Beispiel mit der Frage: „Wie würde sich die Größe einer schrumpfenden Bevölkerung entwickeln, wenn die Geburtenrate schlagartig auf das Bestandserhaltungsniveau ansteigen würde?“

Das Bestandserhaltungsniveau ist die durchschnittliche Zahl an Kindern pro Frau, die notwendig ist, um die Bevölkerung ohne Zuwanderung langfristig konstant zu halten. In Industrieländern liegt diese Zahl bei 2,1 Kindern. In Deutschland sind wir weit unter dem Bestandserhaltungsniveau – die Geburtenrate liegt derzeit bei 1,35 Kindern pro Frau. In Österreich ist die Rate aktuell noch ein wenig geringer und liegt bei 1,31 Kindern pro Frau.

Die überraschende Antwort auf die Eingangsfrage lautet: Die Bevölkerung schrumpft erst einmal weiter. Dieses Ausmaß an fortgesetztem Bevölkerungsrückgang nach einem plötzlichen Fallen der Geburtenrate auf das Bestandserhaltungsniveau wird als „Bevölkerungsmomentum“ (population momentum)

bezeichnet, ein Begriff, der sich mit „Bevölkerungsschwingung“ umschreiben lässt. Das Bevölkerungsmomentum ist definiert als das Verhältnis der sich letztendlich einstellenden konstanten Bevölkerungsgröße zur Populationsgröße zu Beginn. Es ist ein „Nachlauseffekt“, der maßgeblich von der Altersstruktur der Bevölkerung abhängt. Der Großteil des Effekts stellt sich in der Realität typischerweise innerhalb von 50–60 Jahren ein. In einer alternden Gesellschaft, in der die Geburtenraten über Jahre hinweg niedrig sind, gibt es weniger Frauen im gebärfähigen Alter und demnach auch weniger Geburten – auch wenn die Geburtenrate gestiegen ist.

Den umgekehrten Fall gibt es auch: Wenn die Geburtenrate abrupt sinkt, wächst die Bevölkerung erst einmal weiter, weil viele Frauen sich im oder vor dem gebärfähigen Alter befinden. Dadurch bleibt die absolute Zahl der Geburten hoch, auch wenn die Frauen im Schnitt nur wenige Kinder bekommen. Dieser Zustand kann nach dem Erreichen des Bestandserhaltungsniveaus noch mehrere Jahrzehnte anhalten. Das Phänomen tritt typischerweise in Ländern auf, die einen schnellen Rückgang der Geburtenraten verzeichnen, aber eine junge Altersstruktur besitzen. Es endet, sobald sich die Altersstruktur stabilisiert hat. In den wissenschaftlichen Fokus geriet diese nur auf den ersten Blick überraschende Dynamik Anfang der 1970er-Jahre. Damals beschäftigte die Politik und die Wissenschaft viel mehr als heute die Frage, wie stark die Weltbevölkerung noch wachsen würde. 1972 war der Bericht des Club of Rome „the limits of growth“ erschienen, in dem es darum ging, anhand verschiedener Szenarien aufzuzeigen, wo unsere Wachstumsgrenzen liegen. Die Bevölkerungsentwicklung war eine der Größen, die in dieser Simulation berücksichtigt wurde. Der Demograf Nathan Keyfitz konnte mit seinem Modell damals zeigen, dass die Weltbevölkerung noch lange weiterwachsen würde, selbst wenn man es schaffte, die Geburtenrate von heute auf morgen auf das Bestandserhaltungsniveau herunterzufahren.

Die analytische Gleichung von Keyfitz zur Berechnung des Bevölkerungsmomentums ging davon aus, dass es sich um eine sogenannte stabile Bevölkerung handeln würde. Dies bedeutet, dass über lange Zeit hinweg dieselben Geburten- und Sterberaten vorherrschen, bevor die Geburtenraten auf das Bestandserhaltungsniveau sinken. „Das ist aber in der Realität nie der Fall“, so Roland Rau vom Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels. In einer aktuellen Publikation, die in der Fachzeitschrift „Demographic Research“ erschienen ist, entschied er sich deshalb dafür, mit sogenannten „pseudostabilen Bevölkerungen“ zu arbeiten. Das Konzept der pseudostabilen Bevölkerungen hatte einer der Koautoren des Fachartikels, Gustav Feichtinger vom Vienna Institute of Demography, Ende der 1970er-Jahre entwickelt. Die Idee: Die Sterblichkeit ändert sich weiterhin nicht, die Geburtenraten reduzieren sich jedoch mit konstantem Tempo. Dies konnte in den letzten Jahrzehnten in vielen lateinamerikanischen Ländern

Entwicklung des Bevölkerungsmomentums

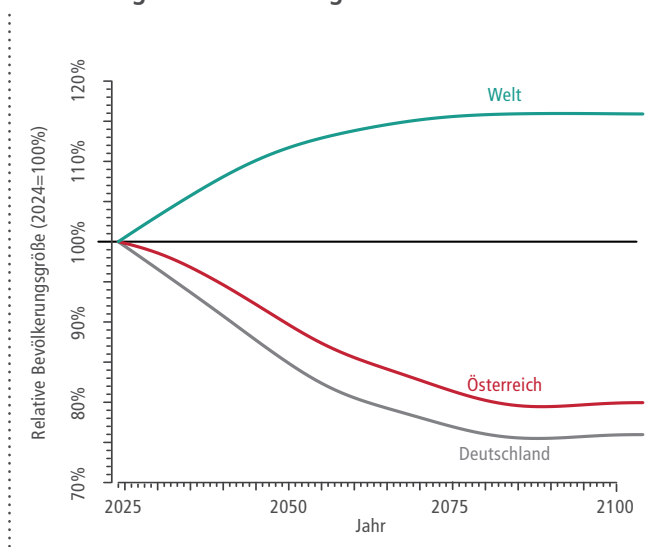


Abb. 1: Entwicklung des Bevölkerungsmomentums in Deutschland, Österreich und der Welt bis 2100. Als Ausgangsjahr wird 2024 verwendet (=100%). Quelle: eigene Berechnungen (RR), basierend auf den World Population Prospects, 2024 Revision, der Vereinten Nationen.

Wächst oder schrumpft die Bevölkerung?

Wachstum		Schrumpfung	
Welt	+16%	Japan	-32%
Afrika	+48%	China	-17%
Kenia	+45%	Europa	-23%
Marokko	+22%	Italien	-28%
Südafrika	+9%	Deutschland	-24%
Ozeanien (inkl. Australien, Neuseeland)	+13%	Tschechien	-21%
Lateinamerika und Karibik	+12%	Österreich	-20%
Mexiko	+18%	Schweiz	-15%
Brasilien	+1%	Frankreich	-11%
Asien	+11%	Finnland	-11%
Indien	+23%	Niederlande	-10%
Indonesien	+13%	Schweden	-6%
Vietnam	+3%	Nordamerika	-6%
Türkei	+9%	USA	-5%

Abb. 2: Die Grafik zeigt das Bevölkerungsmomentum für die Welt, die verschiedenen Kontinente und ausgewählte Länder. Zugrundegelegt wird das Ausgangsjahr 2024. Der Großteil des Effekts stellt sich in der Realität typischerweise innerhalb von 50 bis 60 Jahren ein. Zu beachten ist, dass diese theoretischen Betrachtungen immer voraussetzen, dass es keine Migration gibt. Quelle: eigene Berechnungen (RR), basierend auf den World Population Prospects, 2024 Revision, der Vereinten Nationen

beobachtet werden. Der doch eher theoretische wissenschaftliche Artikel erlaube auch Rückschlüsse auf tatsächlich beobachtbare Bevölkerungsdynamiken, so Wissenschaftler Rau. In ihrem Beitrag konnten die Forscher beispielsweise zeigen, dass das Bevölkerungsmomentum unter den „pseudostabilen“ Rahmenbedingungen nie größer sein kann als das Verhältnis von Lebenserwartung zum durchschnittlichen Mütteralter. Wichtiger als

die „eleganten mathematischen Formeln“ ist für Rau jedoch die Relevanz des Bevölkerungsmomentums für Politik und Gesellschaft. Es sei natürlich utopisch, davon auszugehen, dass eine Bevölkerung von einem Jahr zum nächsten eine Geburtenrate auf Bestandserhaltungsniveau erreichen könne. „Aber das ist gleichzeitig auch ein großer Vorteil“, so Rau weiter. „Denn das Momentum ist sozusagen ein Best-Case-Szenario. Bei Bevölkerungen unter dem Bestandserhaltungsniveau der Fertilität würde die Bevölkerung noch mindestens um den berechneten Anteil schrumpfen und bei wachsenden Bevölkerungen natürlich genau andersherum.“ Rau betont aber auch, dass Migration in diesen Betrachtungen nicht berücksichtigt wird. Berechnet man das Momentum für die Weltbevölkerung, ist das unproblematisch. Betrachtet man jedoch einzelne Länder, ist die Migration eine wichtige Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Damit erlaubt das Bevölkerungsmomentum nur eine Aussage unter der Bedingung, dass es keine Migration gibt.

Um einen Eindruck vom Ausmaß des Bevölkerungsmomentums zu bekommen, hat Rau dieses für „Demografische Forschung aus Erster Hand“ mittels Daten der Vereinten Nationen für Deutschland, Österreich, die Welt (Abb. 1) und viele weitere Länder (Abb. 2) berechnet. Nimmt man 2024 als Ausgangsjahr, würde Deutschland in den nächsten 50 Jahren ungefähr um ein Viertel schrumpfen, Österreich um rund 20 Prozent, wie in Abbildung 1 zu erkennen ist. Bei der Weltbevölkerung verhält es sich genau andersherum. Sie würde noch um etwa 16 Prozent weiterwachsen, selbst wenn ab dem Jahr 2025 das globale Geburtenniveau auf dem Bestandserhaltungsniveau läge. Als Kontinent würde Afrika sogar noch um 48 Prozent weiterwachsen (Abb. 2), während das Momentum in anderen Erdteilen (Asien, Ozeanien, Lateinamerika) weitaus geringer wäre oder sogar zum Schrumpfen führen würde (Europa, Nordamerika), in einzelnen Ländern wie beispielsweise Italien oder Japan sogar noch stärker als in Deutschland oder Österreich.

„Das hat weitreichende Konsequenzen für die Sozialsysteme und die Wirtschaft. Das Problem des Fachkräftemangels zum Beispiel wird uns sicherlich weiter beschäftigen“, so Demograf Rau.

WISSENSCHAFTLICHER ANSPRECHPARTNER: Roland Rau

KONTAKT: ✉ roland.rau@uni-rostock.de

LITERATUR

Feichtinger, G., R. Rau and A.J. Novák: On the momentum of pseudostable populations. Demographic Research 52(2025)15, 445–478.
DOI: 10.4054/DemRes.2025.52.15

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BfB)

Lebenszufriedenheit in Zeiten multipler Krisen

COVID-19, Krieg in der Ukraine, Inflation – in den letzten Jahren haben wir zahlreiche Krisen erlebt. Das wirkt sich negativ auf die Lebenszufriedenheit aus. Welche gesellschaftlichen Gruppen sind besonders betroffen?

2020 brachte die COVID-19-Pandemie das gesellschaftliche Leben zum Erliegen und zeigte, wie verletzlich unsere globalisierte Welt ist. Diese Krise bleibt im kollektiven Gedächtnis, doch sie war nicht die einzige. Seit Beginn der 2020er-Jahre reiht sich eine Krise an die nächste, oft überschneiden sie sich. Es gab zahlreiche klimawandelbedingte Extremwetterereignisse, wie beispielsweise die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021, bei der über 180 Menschen starben. Anfang 2022 begann Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der das Sicherheitsgefühl vieler in Europa erschütterte und Ängste vor weiteren Aggressionen schürte. Deutschland war außerdem stark von russischem Gas abhängig, was die Energiekrise verschärfte und die Verbraucherpreise in die Höhe trieb. Die Inflationsrate erreichte 2022 den höchsten Stand seit 50 Jahren.

Diese multiplen Krisen erscheinen in ihrer kurzen zeitlichen Abfolge und Heftigkeit schwerwiegender als jene der vorhergehenden Jahrzehnte; insbesondere, weil sie mehrere Bereiche des Lebens betreffen und gleichzeitig auf gesundheitlicher, ökologischer, politisch-militärischer und wirtschaftlicher Ebene auftreten. Sie betreffen viele Menschen, ganze Länder, Regionen oder

auch die ganze Welt. Sie sind deswegen anders zu bewerten als persönliche Krisen wie Trennung, Krankheit oder der Tod von Angehörigen.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wurden umfassend untersucht, viele weitere Analysen laufen noch. Dabei wurde auch die Lebenszufriedenheit erforscht. Die Lebenszufriedenheit ist die subjektive Einschätzung, ob und in welchem Maß man mit den eigenen Lebensbedingungen zufrieden ist. Meist verglichen Studien jedoch nur die Zustände „vorher“ und „nachher“, also zum Beispiel vor und nach der COVID-19-Pandemie. Was die Lebenszufriedenheit angeht, ist das Ergebnis vieler Studien, wie erwartbar, dass sich die Pandemie negativ auswirkt. Die Folgen der sich rasch ablösenden und überlappenden Krisen blieben bei diesen Untersuchungen meist aber unberücksichtigt. Diese Lücke schließt nun ein Stück weit eine Untersuchung von Lisa Kriechel und Martin Bujard vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Eine Herausforderung der Studie, die sie mit Kolleg*innen in der Fachzeitschrift „Social Indicators Research“ veröffentlicht haben, war die Datenlage: Diese Art von Analysen erfordert Langzeitdaten mit wiederholten Befragungen derselben

Wie wirkt sich das Haushaltseinkommen auf die Lebenszufriedenheit aus?

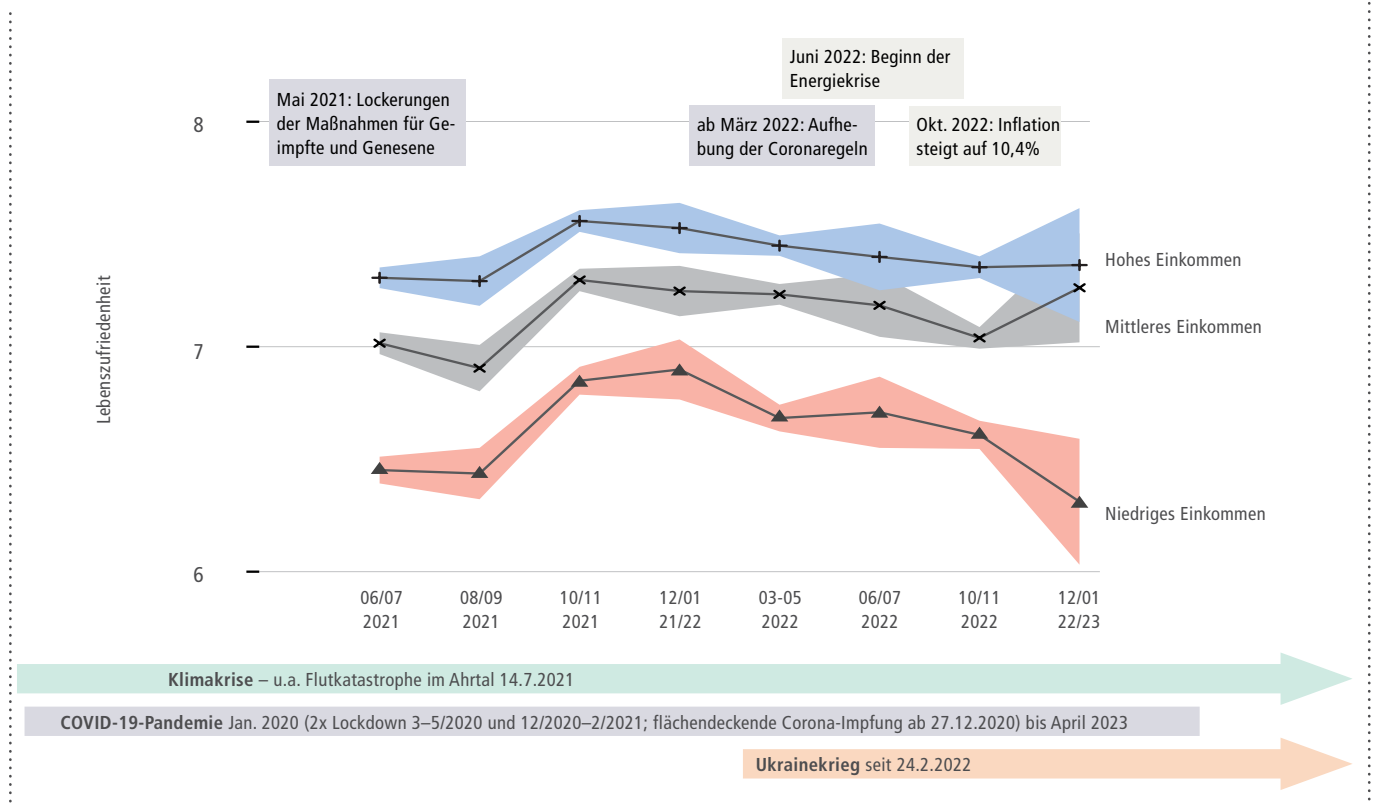


Abb. 1: Die Lebenszufriedenheit ist keine konstante Größe, sondern verändert sich über den Zeitverlauf. Insbesondere Menschen mit einem geringen Einkommen sind wenig zufrieden mit ihrem Leben. Stark bemerkbar macht sich die Krise „Inflation“, von der diese Bevölkerungsgruppe vermutlich besonders betroffen ist. Die Punkte (+, x, Δ) sind die Mittelwerte. Die Flächen zeigen die Varianz, also die 95-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass der Mittelwert in diesem Raum liegt (Varianz). Quelle: FReDA – Das familiendemografische Panel, Wellen 1R, 1A, 1B, 2A, 2B, eigene Berechnungen

Personen, was nur wenige Quellen bieten. Geeignet dafür ist das familiendemografische Panel FReDA, das Beziehungen und Familienleben in Deutschland untersucht. Es befragt bundesweit Tausende zufällig ausgewählte Menschen zwischen 18 und 55 Jahren sowie ihre Partner*innen in kurzen Abständen. Die Studie erfasst, wie Menschen in Deutschland leben, ihren Alltag organisieren und wie zufrieden sie sind. Um die Lebenszufriedenheit zu messen, wird den Teilnehmenden die Frage gestellt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ Dies sollen sie auf einer Skala von 0 „Überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „völlig zufrieden“ beantworten.

Die Forschenden analysierten verschiedene Faktoren, die die Lebenszufriedenheit beeinflussen könnten, insbesondere das Haushaltseinkommen und die Haushaltszusammensetzung – also, mit wem und in welcher Konstellation jemand zusammenlebt. Finanzielle Schwierigkeiten und niedriges Einkommen stehen oft in Zusammenhang mit gesundheitlichen Problemen, weshalb das Einkommen ein zentraler Faktor ist. Auch die Haushaltszusammensetzung spielt eine erhebliche Rolle: Zum Beispiel erlebten Eltern während der Pandemie andere Belastungen als kinderlose Paare, während Alleinstehende vermutlich stärker unter der Inflation litten.

Die Wissenschaftler*innen fanden heraus, dass Krisen die Lebenszufriedenheit beeinflussen, unabhängig von Geschlecht, Einkommen oder Haushaltskonstellation. Die Lockerungen der Corona-Maßnahmen wirkten sich positiv aus, die Inflation hingegen negativ. Partnerschaften erwiesen sich als

stärkster Schutzfaktor für die Lebenszufriedenheit, während finanzielle Probleme sie deutlich minderten. Zwischen 2020 und Anfang 2023 schwankte die durchschnittliche Lebenszufriedenheit auf der Skala von 0 bis 10 monatlich zwischen 6,5 und 7,4 Punkten. Anfang 2023 lag sie bei etwa 6,8 und hatte damit das Niveau vor 2020, das damals bei 7,3 bis 7,5 lag, noch nicht wieder erreicht. Laut den Forscher*innen gelten durchschnittliche Unterschiede von 0,3 in der Literatur als erheblich.

Um zu untersuchen, inwieweit sich die Form des Zusammenlebens beziehungsweise alleine zu leben auf die Lebenszufriedenheit auswirkt, teilten die Forschenden die Befragten in vier Haushaltstypen ein: Singles ohne Kinder, Singles mit Kindern, Paare mit Kindern und Paare ohne Kinder. Um das Haushaltseinkommen zu untersuchen, unterteilten sie die Befragten in drei gleich große Einkommensgruppen – von geringem Einkommen über mittleres Einkommen zu hohem Einkommen.

Menschen, die mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben, waren insgesamt zufriedener als Alleinstehende. Alleinerziehende wiesen meist die niedrigste Lebenszufriedenheit auf. Während der Pandemie stieg ihre Zufriedenheit zunächst und näherte sich der von Alleinstehenden an. Mit Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 sank sie jedoch drastisch. Bis Ende des Jahres erholte sie sich wieder, was auf eine Stabilisierung des Wohlbefindens der Alleinerziehenden hindeutet. Am deutlichsten zeigte sich der Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit. Das einkommensstärkste Drittel war durchweg am

zufriedensten, während das einkommensschwächste Drittel die geringste Zufriedenheit aufwies. Dieser Unterschied blieb konstant, doch die Entwicklung verlief zeitweise unterschiedlich. Im Winter 2021 sank die Zufriedenheit der Wohlhabenden, während sie bei den Einkommensschwächeren stieg. Mit Beginn des Ukrainekriegs Anfang 2022 erlebte das unterste Einkommensdrittel jedoch einen stärkeren Rückgang als die anderen Gruppen. Ende 2022 erreichte die Zufriedenheit dieses Drittels einen historischen Tiefpunkt, vermutlich durch die steigenden Verbraucherpreise.

Die Studie zeige, dass Lebenszufriedenheit keine konstante Größe sei, wie andere Untersuchungen nahelegen, so die Wissenschaftler*innen. Wenn sich negative Ereignisse häufen, drücken sie die Lebenszufriedenheit merklich. Insgesamt betrachtet habe allerdings die COVID-19-Pandemie einen deutlich negativeren Einfluss gehabt als der Ukrainekrieg, der Klimawandel oder die Inflation.

WISSENSCHAFTLICHE ANSPRECHPARTNER*INNEN:

Lisa Krieche (in Elternzeit)

KONTAKT: ✉ lisa.krieche@bib.bund.de

Martin Bujard

KONTAKT: ✉ martin.bujard@bib.bund.de

LITERATUR

Krieche, L., M. Bujard und A. Hudde: The roller-coaster of subjective well-being in times of multiple crises: evidence of five waves of bi-annual panel data of FReDA survey. *Social Indicators Research* 180(2025)3, 1353–1385. DOI: 10.1007/s11205-025-03707-6

Sozial isoliert

Eine neue Studie zeigt, dass Frauen über 50 sozial weniger eingebunden sind als Männer in der gleichen Altersklasse. Grund dafür ist wahrscheinlich die ungleiche Verteilung der Care-Arbeit.

Der Mensch ist ein soziales Wesen und der Kontakt zu anderen fördert die körperliche und seelische Gesundheit. In einer alternden Gesellschaft müssen wir uns fragen, wie ältere Menschen gesund altern können und dabei spielen soziale Kontakte eine wichtige Rolle. „Soziale Integration“ ist hierbei das Schlüsselwort. Soziale Integration beschreibt, wie aktiv jemand in seinem Umfeld mitwirkt und sich zugehörig fühlt. Studien zeigen, dass Integration vor allem für die Gesundheit im Alter von entscheidender Bedeutung ist. Soziale Beziehungen und Integration verändern sich im Laufe des Lebens häufig. Lebensübergänge wie der Eintritt in den Ruhestand, nachlassende Gesundheit, der Verlust von Angehörigen und Veränderungen in der Familiendynamik können soziale Netzwerke umgestalten und potenziell sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Aufrechterhaltung der sozialen Integration schaffen.

Die Forscherin Melanie Wagner von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hat gemeinsam mit Kolleginnen untersucht, wie stark sich soziale Integration von Männern und Frauen in Europa unterscheidet und ob es eine Rolle spielt, wie stark der Staat sich bei Kinderbetreuung und Pflege engagiert. Für die Studie, die in der Fachzeitschrift „Social Indicators Research“ erschienen ist, nutzte sie Daten von rund 54.000 Interviews in 21 Ländern, die im Rahmen der „SHARE“-Befragung durchgeführt wurden (siehe Kasten). Das Thema ist komplex, besonders wenn man Geschlechterunterschiede und Alter berücksichtigt. Viele Studien zeigen, dass Frauen mehr Sozialkontakte haben als Männer. Doch die Zahl und Qualität dieser Kontakte verändern sich im Laufe des Lebens. Männer knüpfen im Berufsleben oft viele Kontakte zu Kolleg*innen. Frauen hingegen übernehmen häufiger Care-Arbeit. Diese Aufgaben können zwar die Bindung innerhalb der Familie stärken, sie können aber auch den Aufbau oder Erhalt von Kontakten außerhalb der Familie erschweren. Wer wie und wie viel mit diesen Aufgaben betraut ist, hängt ganz entscheidend vom Staat ab. In Wohlfahrtsstaaten, die Kinderbetreuung und Pflege unterstützen, sind Frauen

SHARE-50+ in Europa

Der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) ist eine interdisziplinäre und länderübergreifende Befragung, die in regelmäßigen Abständen Daten zum Leben von Menschen über 50 erhebt. In bisher neun Befragungswellen wurden circa 160.000 Personen in 616.000 Interviews befragt. Die Befragung erfasst verschiedene Bereiche wie soziale und familiäre Netzwerke, Gesundheit und sozio-ökonomischer Status.

oft besser sozial eingebunden. In Ländern, die auf familiäre Care-Arbeit setzen, können Frauen durch die Belastung ihre sozialen Kontakte weniger pflegen – ein Zusammenhang, der logisch erscheint, aber bisher kaum untersucht wurde. Um soziale Integration zu messen, berücksichtigte Wagner enge Beziehungen wie Partnerschaften und Freundschaften sowie weiter gefasste Kontakte, etwa Vereinsaktivitäten oder Ehrenämter. Die Länder teilte Wagner in vier Gruppen ein, wobei in jeder dieser Gruppen der Staat eine unterschiedlich starke Rolle in der Kinderbetreuung und der Altenpflege einnimmt. Die erste Gruppe umfasst Länder wie Dänemark und Schweden, wo der Staat Kinderbetreuung und Altenpflege stark fördert und Familien entlastet (nicht familialistisch, siehe Abb. 1). Am anderen Ende stehen Länder wie Griechenland, Italien und Polen, wo Familien die Hauptlast der Care-Arbeit tragen (familialistisch). Eine dritte Gruppe, zu der Deutschland und Österreich gehören, kombiniert hohe familiäre Verantwortung mit finanzieller Unterstützung (familialistisch und unterstützend). Die vierte Gruppe, zu der Frankreich, die Schweiz und die Niederlande gehören, ist heterogen: Hier übernehmen Familien entweder die Kinderbetreuung oder die Altenpflege (gemischt).

Die Ergebnisse zeigen: Je stärker ein Land auf familiäre Care-Arbeit setzt, desto geringer ist die soziale Integration von Frauen über 50. In Österreich und Deutschland sind Frauen stärker an ihre familiäre Rolle gebunden und weniger gesellschaftlich eingebunden als Männer. In den skandinavischen Ländern ist die Situation umgekehrt: Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind ähnlich groß, nur dass in diesen Ländern die Frauen integrierter sind als die Männer. Dort sei es üblicher, dass Kinder früh in den Kindergarten gehen und ältere Menschen professionell betreut werden, so die Wissenschaftlerin. Zwar könne die Studie keine kausalen Zusammenhänge belegen, doch die Rahmenbedingungen für Pflege- und Betreuungsarbeit scheinen eine Rolle zu spielen, erklärt Wagner. Verbesserungen für die Frauen könnten durch eine bessere Kinderbetreuung, flexiblere Arbeitszeiten und den Ausbau der formellen Altenpflege-Angebote erreicht werden. So könnten Frauen länger im Berufsleben bleiben, wo sie Netzwerke und Freundschaften aufbauen, oder sich anderweitig sozial engagieren, so die Forscherin.

WISSENSCHAFTLICHE ANSPRECHPARTNERIN: Melanie Wagner

KONTAKT: ✉ Melanie.Wagner@oeaw.ac.at

LITERATUR

Levinisky, M., M. Wagner, A. Schmitz, E. Cohn-Schwartz und M. Brandt: Introducing the Social Integration Index for older Europeans: the role of gender and care regimes. *Social Indicators Research* 179(2025)2, 759–779. DOI: 10.1007/s11205-025-03635-5

Ungleich sozial eingebunden

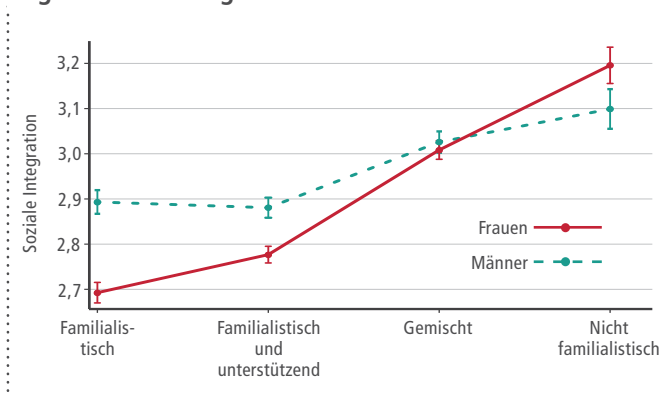


Abb. 1: Wie stark Frauen und Männer sozial integriert sind, hängt stark damit zusammen, wie viel Verantwortung der Staat bei Pflege und Kinderbetreuung übernimmt. „Familialistisch“ ist ein Begriff aus der Soziologie und bedeutet, dass Familie als Leitform der Gesellschaft betrachtet wird. Quelle: SHARE Welle 9, eigene Berechnungen

HERAUSGEBER Emilio Zagheni, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

IN KOOPERATION MIT Roland Rau, Institut für Soziologie und Demographie, Universität Rostock, Mikko Myrskylä, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock • C. Katharina Spieß, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden • Marc Luy, Vienna Institute of Demography der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, und Wolfgang Lutz, Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien ISSN 1613-5822

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR Christian Dudel (V.i.S.d.P.) REDAKTIONSLEITUNG Annick Eimer WISSENSCHAFTLICHE BERATUNG Isabella Buber-Ennsner und Anne Fink

TECHNISCHE LEITUNG Silvia Leek KORREKTORAT Benita von Behr LAYOUT Antje Storek-Langbein DRUCK Altstadt-Druck, 18057 Rostock

ANSCHRIFT Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland TELEFON (+49) 381/2081-143 TELEFAX (+49) 381/2081-443

✉ redaktion@demografische-forschung.org WEB www.demografische-forschung.org

ERSCHEINUNGSWEISE viermal jährlich MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTEN E.V.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.